

Anti-Antikommunismus, Antifaschismus, Antiamerikanismus als zentrale Leitbilder der Grünen

Udo Baron

1. Anti-Antikommunismus, Antifaschismus und Antiamerikanismus als Prägekräfte der alten Bundesrepublik

Die Einstellung der Deutschen gegenüber dem Westen und seinem parlamentarisch-kapitalistischen Gesellschaftssystem, personifiziert durch die Vereinigten Staaten von Amerika, unterlag in der wechselvollen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie die Haltung gegenüber totalitären Ideologien einem beständigen Wandel und Wechsel. Bildeten nach der Erschütterung Deutschlands durch Krieg und Nationalsozialismus eine vielfach unkritische Amerikabegeisterung und ein durch die Erfahrungen mit dem Stalinismus und der Bolschewisierung Ost- und Südosteuropas geprägter Antikommunismus sowie ein antidiktatorisch ausgerichteter Antinationalsozialismus das westdeutsche Nachkriegsbewußtsein, so verwandelte sich diese Geisteshaltung im Verlauf des Kalten Krieges, insbesondere vor dem Hintergrund des amerikanischen Vietnam-Krieges, in einen Antiamerikanismus und Anti-Antikommunismus, dem ein in erster Linie seines humanistischen und antitotalitären Gehalts enthobener Antifaschismus zur Seite stand.

Vor allem der Antikommunismus wurde im Zuge der mit dem Jerusalemer Eichmann-Prozeß 1961 und dem Frankfurter Auschwitz-Prozeß von 1963 bis 1965 einsetzenden öffentlichen Debatte über die Verbrechen des Nationalsozialismus in Westdeutschland immer kritischer betrachtet. Aufgrund der Entwertung und Verfälschung seiner demokratischen Richtung durch die „rechtsradikale Verallgemeinerung und Monopolisierung seiner freiheitlichen Substanz“ vor und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und seine Vermischung mit einem ideologischen Antikommunismus verlor er zunehmend seine Akzeptanz vor allem im linksliberalen Bildungsbürgertum und in der Studentenbewegung.¹ Dort sah man in ihm eine Rechtfertigungs-ideologie für die nur halbherzig vollzogene Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit.

Auch die SED versuchte den demokratischen Antikommunismus zu delegitimieren. Zusammen mit ihren westdeutschen Bündnisorganisationen diffamierte sie ihn als eine Form der „psychologischen Kriegsführung“ und stellte ihn in eine Kontinuitätslinie, die „bereits im 19. Jahrhundert begann, in der Weimarer Republik weiterschwelte, unter Hitler offen ausbrach und sich im Zweiten Weltkrieg entlud, aber auch nach 1945 wieder neu geschürt wurde und durch den sog. Kalten Krieg den Boden dafür bereitete, daß wir heute vor einer atomaren Weltkatastrophe stehen“.² Er diente seinen Gegnern als ein konstitutives Merkmal des Faschismus und wurde zunehmend als Kampfbegriff zur Verdächtigung und Delegitimierung derjenigen eingesetzt, die sich – frei von allen

¹ Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, erweiterte Neuausgabe, Stuttgart 1984, S. 232.

² Walter Kreck, *Der Antikommunismus in seiner „christlichen“ Begründung* (1985), in: ders., *Friedliche Koexistenz statt Konfrontation. Was können Christen und Kirchen dazu beitragen? Vorträge und Aufsätze aus den achtziger Jahren*, Köln 1988, S. 202–222, hier: S. 203.

ideologischen Zwängen – um eine kritische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus bemühten.³

Unter dem maßgeblichen Einfluß der Außerparlamentarischen Opposition (APO) kam es zum Ende der 60er Jahre zu drei entscheidenden Akzentverschiebungen im bundesrepublikanischen Bewußtsein: Vor dem Hintergrund des Vorwurfs einer mangelhaften Entnazifizierung in der Bundesrepublik löste ein ideologischer Antifaschismus den Antinationalsozialismus ab und entwickelte sich zum festen Bestandteil der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland.⁴ Zugleich ersetzte ein Anti-Antikommunismus den Antikommunismus, während das Feindbild in erster Linie auf die USA bzw. den Westen als angebliche Keimzelle eines Raubtierkapitalismus und Imperialismus projiziert wurde.⁵ Kapitalismus und Liberalismus sowie deren vermeintliche „Schutzmacht“, die USA, galten den Anhängern dieser These als Wegbereiter des Nationalsozialismus, dessen Terror auf dem Boden kapitalistischer Rationalität gewachsen und vom Liberalismus befördert worden sei. Die Bundesrepublik als engster Verbündeter der Vereinigten Staaten lief deshalb in ihren Augen Gefahr, sich jederzeit wieder in ein faschistisches Regime zu verwandeln.⁶

2. Anti-Antikommunismus, Antifaschismus und Antiamerikanismus als Integrationsideologie der Grünen und der SED

Auf diesem Nährboden entstanden Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre zahlreiche Friedens- und Umweltschutzbewegungen. Sie rückten die kommunistische Utopie von einer klassen- und schrankenlosen Gesellschaft vor dem Hintergrund vielfältiger Bemühungen um eine Synthese von Christentum und Sozialismus bzw. Kommunismus wieder verstärkt in das öffentliche Bewußtsein. Diese Initiativen folgten vielerorts der Illusion von einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ als erhofftem „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und real existierendem Sozialismus.⁷ Der diesem Paradigmenwechsel zugrundeliegende Antiamerikanismus, Anti-Antikommunismus und Antifaschismus führte zu einer schleichenden „Erosion der Abgrenzung“⁸ demokratischer Bewegungen und Parteien gegenüber den zahlreichen kommunistischen Organisationen in der Bundesrepublik. Der Wille zur praktischen Kooperation mit Kommunisten entwickelte sich zum entscheidenden Prüfstein für eine glaubwürdige anti-antikommunistische und antiamerikanische Einstellung.

Für die DKP und ihre Bündnisorganisationen als ausführende Organe der SED in der Bundesrepublik kam es in dieser Situation darauf an, sich die Entwicklung zunutze zu machen. Es galt, vor allem durch die Infiltration der neuen sozialen Bewegungen, von

³ Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Die totalitäre Erfahrung*, München 1987, S. 76.

⁴ Vgl. Manfred Wilke, *Der instrumentelle Antifaschismus der SED und die Legitimation der DDR*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, 9 Bände in 18 Teilbänden, hg. vom Deutschen Bundestag, Band III, 1: *Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR*, Baden-Baden 1995, S.95 – 201, hier: S. 125.

⁵ Vgl. *Marxistische Blätter* 1/1970.

⁶ Vgl. Antonia Grunenberg, *Antifaschismus – ein deutscher Mythos*, Hamburg 1993, S. 145 und 150.

⁷ Vgl. Bracher, *Zeit der Ideologien*, S. 205ff.

⁸ Vgl. Wolfgang Rudzio, *Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1988. Die Bezeichnung „Erosion der Abgrenzung“ durchzieht quasi als roter Faden die Arbeit Rudzios.

deren breiten gesellschaftlichen Erfolgen bei der Auseinandersetzung um die Atomenergie oder um die nukleare Hochrüstung zu profitieren. Zugute kam ihnen die jahrelange Propaganda gegen den Antikommunismus, den Antinationalsozialismus und den Westen. Sie hatte ein innenpolitisches Klima geschaffen, das eine öffentliche Auseinandersetzung innerhalb der westdeutschen Gesellschaft über die Westarbeit der SED beinahe unmöglich machte und zur Kooperation zahlreicher Bürgerrechtsinitiativen mit Kommunisten führte.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung formierte sich mit den Grünen Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre eine neue Partei, die ihre Wurzeln in diesen Friedens- und Umweltschutzinitiativen hatte und sich letztlich als deren parlamentarischer Interessenvertreter definierte. Zwangsläufig gehörten deshalb nicht nur zahlreiche Aktivisten dieser Gruppierungen, sondern auch ihre politisch-ideologischen Weltbilder zu den Prägekräften der Grünen. Unter dem starken Einfluß der sich selbst als antifaschistisch verstehenden Neuen Linken entwickelte sich der Antiamerikanismus, der Anti-Antikommunismus und der Antifaschismus zur Integrationsideologie der Grünen.

Die Grünen verstanden sich in ihrer Gründungsphase nicht nur als eine pazifistische, sondern auch als eine Partei ohne Feindbilder. Ausgerechnet die Grünen waren es aber, die über ein ausgeprägtes Feindbild verfügten. Dieses projizierten sie auf die USA und die NATO, meinten dabei aber stets den Westen als Ganzes. Die Ursache dieses antiwestlichen Ressentiments lag in der Sozialisation der Grünen. Sie stammten weitgehend aus den antiamerikanisch eingestellten bürgerlichen und links-alternativen Kreisen der Bundesrepublik und verbanden die antiamerikanischen Stoßrichtungen dieser gesellschaftlichen Gruppen miteinander. Stellte diese Haltung zu Beginn der 80er Jahre noch eher eine Minderheitsposition bei den Grünen dar, so gewann sie mit dem innerparteilichen Vormarsch der Ökosozialisten und Traditionlinken um die aus dem Kommunistischen Bund (KB) kommenden Thomas Ebermann, Rainer Trampert, Jürgen Reents und dem zur Berliner Alternativen Liste (AL) gehörenden Dirk Schneider ab Ende 1981, Anfang 1982 innerparteilich an Boden. So fanden zu diesem Zeitpunkt 46 Prozent der Grünen die Amerikaner unsympathisch und standen dem „American way of life“ ablehnend gegenüber.⁹ Ein vom Antiamerikanismus bestimmtes und somit antiwestlich ausgerichtetes Weltbild entwickelte sich bis weit in die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein zu einem Traditionselement dieser Partei. Obwohl die Grünen über keine besonderen Affinitäten zur Alten Linken verfügten, fiel die Feindbildpropaganda von SED und DKP dennoch vor allem bei den Ökosozialisten und den grünen Anhängern eines nationalneutralistischen Kurses mit ihren bereits verfestigten Feindbildern USA und NATO auf fruchtbaren Boden. Unverkennbar lassen sich inhaltliche und sprachliche Parallelen zwischen den Grünen und der SED und ihren westdeutschen Verbündeten im kommunistischen „Friedenskampf“ ziehen. Verstanden doch beide Antiamerikanismus als Synonym für einen Antiimperialismus, der sich gegen den „US-Imperialismus“ wandte, zu dessen Opfern sie auch die Bundesrepublik zählten.¹⁰ So sprach sich der grüne Nationalneutralist Rolf Stolz für den Austritt der Bundesrepublik aus dem „Kriegsbündnis NATO“ und einen „Abzug der Besatzer“ aus und erhob damit Forderungen, die ihrem Wortlaut nach auch von jedem Marxisten-

⁹ Vgl. Philipp Gassert, Mit Amerika gegen Amerika: Antiamerikanismus in Westdeutschland, in: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch, Bd. II: 1968–1990, hg. v. Detlef Junker, Stuttgart/München 2001, S. 750–760, hier: S. 751. Gassert beruft sich auf eine Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie vom November 1982, veröffentlicht im Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie Nr. 8.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 757.

Leninisten hätten stammen können.¹¹ 1983 kam diese antiwestliche Einstellung auch im grünen Wahlprogramm zum Ausdruck. Es warnte eindringlich vor der „im westlichen Bündnis betriebenen Politik der Kriegsvorbereitung, die durch die Regierungen der USA unter Reagan, Großbritanniens unter Thatcher und Frankreichs unter Mitterrand vertreten wird“.¹²

Neben dem Antiamerikanismus gehörten der Antifaschismus und der Anti-Antikommunismus zu den Grundlagen des grünen Selbstverständnisses. Grüne Politik galt als „unvereinbar mit jeder Art von Faschismus und Neofaschismus“.¹³ Unter den damals gängigen Parolen „Nie wieder Krieg“, „Nie wieder Auschwitz“, „Nie wieder Faschismus“ lag das Hauptaugenmerk der Grünen auf der Auseinandersetzung mit der Gefahr eines „Faschismus“ in der Bundesrepublik und dessen Abwehr. Wie die meisten außerparlamentarischen Bewegungen zu diesem Zeitpunkt, so bemächtigten sich auch die Grünen des Begriffs „Auschwitz“ als eines negativen Mythos, um sich über die Identifizierung mit den Opfern des NS-Systems eindeutig von den Tätern abzugrenzen.¹⁴ Vor allem die zu Beginn der 80er Jahre unter den Grünen weitverbreitete Ablehnung des bundesrepublikanischen Systems ging unterschwellig auf den Vorwurf ihres vermeintlich faschistoiden Charakters bzw. auf die Sorge vor ihrer drohenden Faschisierung zurück. Dafür machten die Grünen die als ausbeuterisch betrachtete westliche kapitalistische Produktionsweise verantwortlich, zu deren Schutz ihrer Meinung nach ein als repressiv empfundener Sicherheitsapparat errichtet worden war. Hinzu kam der Antikommunismus der bundesrepublikanischen Gesellschaft, der als Bollwerk gegen jegliche wirkliche demokratische Entwicklung in Westdeutschland empfunden wurde. Er diente als Beleg für die Gefahr eines abermals heraufziehenden Faschismus. Die DDR dagegen erschien den meisten Grünen, trotz Kritik an ihren inneren Zuständen, allein der antifaschistischen Tätigkeit vieler ihrer Funktionäre und der vermeintlichen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit wegen im Gegensatz zur Bundesrepublik als ein wirklich antifaschistischer Staat. Indem sich weite Teile der Grünen diese Argumentationsmuster zu eigen machten, knüpften sie unwillkürlich die Bande zum Antifaschismus- und Anti-Antikommunismusverständnis der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten und boten diesen dadurch Möglichkeiten zur Einflußnahme auf ihr Denken und Handeln. So lehnte selbst der bürgerliche Flügel der Grünen um die aus der CSU bzw. CDU kommenden August Haußleiter und Herbert Gruhl unter dem Eindruck der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluß den „bürgerlichen, längst militaristisch und latent faschistisch pervertierten Antikommunismus“ ab.¹⁵ Aus dieser Haltung resultierten Solidarisierungen und Kooperationen zwischen Grünen und westdeutschen Kommunisten im Alltag, die sich aufgrund der ansonsten tiefen inhaltlichen Differenzen zwischen beiden nur mit dem sie beide verbindenden Anti-

¹¹ Rolf Stolz, Thesen zur Friedenspolitik der GRÜNEN, Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand: A–G. Häfner, Akte Nr.: 13 (1).

¹² Die Grünen (Hg.), Diesmal die Grünen. Warum? Ein Aufruf zur Bundestagswahl 1983, verabschiedet von der Bundesdelegiertenversammlung vom 14./15. Januar 1983 in Sindelfingen, Archiv Grünes Gedächtnis – Bibliothek – Signatur G 155, S. 5.

¹³ Erklärung zur ökologischen Politik, Anhang zu: Die Grünen (Hg.), Wahlplattform zur Bundestagswahl 1980, verabschiedet auf der 3. Ordentlichen Bundesversammlung, Dortmund 21.–22.6.1980, Archiv Grünes Gedächtnis – Bibliothek – Sign. G 152, S. 15.

¹⁴ Vgl. Gerd Koenen, Und in den Herzen Asche, in: Spiegel 35/2001

¹⁵ Schreiben August Haußleiter an Erhard Eppler vom 10. Juli 1981, Archiv Grünes Gedächtnis – Petra-Kelly-Archiv, Akte Nr. 319.

Antikommunismus und Antifaschismus erklären lassen.¹⁶ Sie sollten die Vorurteile gegenüber Kommunisten abbauen helfen und die antikommunistische Einstellung als faschistoide Ideologie entlarven. Indem sich die Grünen diesen Kooperationen gegenüber aufgeschlossen zeigten, öffneten sie sich zugleich der SED und trugen so dazu bei, den Anti-Antikommunismus in Verbindung mit dem Antifaschismus in der alten Bundesrepublik gesellschaftsfähig zu machen.

Maßgeblich forciert wurde diese Politik vom dem als IM „Ludwig“ für das MfS arbeitenden zeitweiligen deutschlandpolitischen Sprecher der Grünen, Dirk Schneider. Neben anderen Agenten der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS bei den Grünen – wie der zeitweiligen Europaabgeordneten Brigitte Heinrich alias IM „Beate Schäfer“ oder dem unter dem Decknamen „Taler“ aktiven AL-Mitglied und ehemaligen RAF-Anwalt Klaus Croissant – hatte Schneider als Einflußagent des MfS bei den Grünen vor allem in den Jahren 1983 bis 1987 einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die Entwicklung der Grünen. Er erreichte, daß das „System-Tabu“¹⁷ – ein Denkverbot über Wege zur Überwindung des Status quo in Europa und ein Kritikverbot an den herrschenden Zuständen in den sozialistischen Staaten – zu einem Bestandteil grüner Politik wurde. Alle von seiner Linie abweichenden organisierten deutschlandpolitischen Positionen bekämpfte er mit den Killerargumenten „Nationalismus“ und „Antikommunismus“. Grüne Solidarisierungen mit der demokratischen Opposition in Ostmitteleuropa versuchte er zu verhindern oder im nachhinein öffentlich zu verdammen.¹⁸ Ihm ist es beispielsweise zu verdanken, dass nach der Aufstellung sowjetischer Atomraketen in der DDR und der ČSSR Anfang 1984 diese Aufrüstungsschritte zugunsten einer Kritik an der westlichen Rüstung nur bedingt kritisiert wurden. Gehörte es doch zu seinen „Aufgaben“, die von der SED initiierte Legende von der „Bedrohungslüge“ aus dem Osten bei den Grünen mehrheitsfähig zu machen. Er versuchte deshalb den Eindruck zu erwecken, daß eine „wirkliche Gefahr für den Frieden [...] nur vom Westen aus[gehe]“, da dieser „auf Konfrontation und Siegfähigkeit aus [sei], während der Osten strategisch defensiv reagier[e]“¹⁹ und somit „dem Westen in allen Belangen unterlegen“ sei.²⁰ Schneider gelang es zwar nicht, die Geraer Forderungen Honeckers und die Auflösung des innerdeutschen Ministeriums als Essential grüner Deutschlandpolitik durchzusetzen. Ebenso wenig konnte er die Kontakte zu den oppositionellen Gruppierungen in der DDR und den ostmitteleuropäischen Staaten dauerhaft unterbinden. Er sorgte aber dafür, daß die Staatsinteressen der DDR als eine grüne Position unter anderen akzeptiert wurden und die Grünen in der Menschenrechtsfrage zweideutig blieben. Er leistete somit dem MfS nicht nur wertvolle Dienste bei ihrem Versuch, die Opposition im eigenen Lande zu unterdrücken, sondern erreichte auch, daß die Grünen auf die offenen Fragen der Geschichte nicht vorbereitet waren.²¹

Am nachhaltigsten spürbar war der Einfluß der Marxisten-Leninisten auf die Grünen zu Beginn der 80er Jahre während der Auseinandersetzung um den NATO-Doppel-

¹⁶ Interview mit Ulrich Fischer, Menschenrechtsreferent der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. Oktober 2000.

¹⁷ Vgl. Stasi-Einflußagent mit Einfluß bei den Grünen?, in: *Kommune* 2/1992, S. 36.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 37f.

¹⁹ Dirk Schneider, 15 Punkte zur Diskussion über Deutschlandpolitik, in: *Kommune* 2/1984, S. 18.

²⁰ Schreiben Dirk Schneiders an den Bundesvorstand der Grünen vom 1. Februar 1984, in: Ursula Jaerisch, Elisabeth Weber (Hg.), *Materialien zur Deutschlandpolitik der Grünen in den 80er Jahren*, Bonn 1994 (unveröffentlicht).

²¹ Vgl. Stasi-Einflußagent (FN 14), S. 35.

beschluß. In dieser Phase erzielte die SED über die DKP und deren Bündnisorganisationen ihren größten propagandistischen Erfolg bei der Einflußnahme auf die Grünen. War es diesen doch gelungen, mit Petra Kelly und Gert Bastian als Mitinitiatoren der kommunistisch gelenkten Krefelder Initiative (KI) die zum damaligen Zeitpunkt populärsten grünen Politiker als Bündnispartner für ihren „Friedenskampf“ gegen die westlichen Atomraketen zu gewinnen. Dadurch konnten sie nicht nur leichter Einfluß auf den außen- und sicherheitspolitischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß der Grünen nehmen, sondern auch entscheidend zur Popularisierung des von der KI vorgelegten „Krefelder Appells“ in der Bundesrepublik beitragen. Wirkten doch Kelly und Bastian – bewußt oder unbewußt – als Multiplikatoren des kommunistischen „Friedenskampfes“ und sorgten für dessen Implementierung in den Köpfen vor allem vieler junger Menschen. Erst der Austritt von Petra Kelly und Gert Bastian aus der KI Anfang 1984 führte zu einer Abkühlung des Verhältnisses zwischen DKP und Grünen. Das bedeutete aber nicht das Ende jeglicher Kooperationen innerhalb der Friedensbewegung. Je stärker die Kritik der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung in der Bundesrepublik an dem Wirken der Kommunisten in der Friedensbewegung wurde, desto reflexartiger erfolgten die entsprechenden Solidarisierungsbekundungen der Grünen. So sprachen sich Kelly und Bastian wider besseren Wissens noch nach ihrem Austritt aus der KI gegen den Vorwurf seiner kommunistischen Beeinflussung aus und trugen dadurch weiter zur Legendenbildung dieser Friedensinitiative bei.²² Zugleich setzten sie und die Grünen als Partei ihre Zusammenarbeit mit der DKP und ihren Bündnisorganisationen in den Gremien der Friedensbewegung fort. Antje Vollmer betonte laut einem Gesprächsprotokoll der Ständigen Vertretung der DDR, daß es „in der Friedensfrage viel Übereinstimmung [mit der DKP] geben würde“, weshalb sie „persönlich [...] bei vielen Veranstaltungen mit DKP-Mitgliedern zusammenarbeiten [würde]“. Vollmer hielt es für falsch, daß „viele Grüne [...] versuchen, sich nach weiter links abzugrenzen“ und befürchtete, „daß der Antikommunismus zuviel Raum bei den Grünen einnimmt“.²³ Erst gegen Ende der 80er Jahre erschien aufgrund der engen Anbindung zwischen Teilen der Grünen und der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR eine Kooperation mit den orthodoxen Kommunisten nicht mehr konsensfähig.²⁴

Die Nachwirkungen

Inwieweit die SED tatsächlich Einfluß auf die Bewußtseinsbildung der Grünen genommen hatte, wurde in der Umbruchphase der Jahre 1989/90 an der innergrünen Auseinandersetzung um die Frage der deutschen Einheit, an ihrem Umgang mit der SED-Nachfolgepartei PDS und ihrem Verhältnis zur Opposition in der DDR deutlich.

²² Offener Brief von Petra Kelly und Gert Bastian an die Unterzeichner des Krefelder Appells vom 16.11.1980 vom 19. Februar 1984, Archiv Grünes Gedächtnis – Petra-Kelly-Archiv – Akte Nr. 317.

²³ Vermerk der Ständigen Vertretung der DDR über ein Gespräch mit der Fraktionssprecherin der Grünen im Bundestag, Frau Dr. Antje Vollmer, am 1. Oktober 1984 vom 2. Oktober 1984, SAPMO B-Arch, ZPA, J IV 2/10.04/30.

²⁴ Offener Brief Petra Kellys an die Freisinger Friedensinitiative vom 20. Februar 1988, Archiv Grünes Gedächtnis – Petra-Kelly-Archiv – Akte Nr.: 352. Kelly führt in diesem Schreiben aus, daß die „systematische Hetze, die von der ‚UZ‘ seit einiger Zeit [...] gegen unsere Freundinnen und Freunde aus den unabhängigen Friedens- und Ökologiegruppen in der DDR betrieben wird“, sie dazu veranlaßt hat, „konsequent alle gemeinsamen Veranstaltungen mit der DKP oder mit DKP-nahen Organisationen abzusagen“.

Hatte die SED bereits über die Begriffe Antifaschismus und Anti-Antikommunismus vor allem mit Hilfe des kürzlich verstorbenen Dirk Schneider als „Ständiger Vertretung der DDR bei den Grünen“ dazu beigetragen,²⁵ daß sich bei den Grünen ein „mit pathologischen Zügen ausgestattetes ‚negatives‘ Nationalbewußtsein“ und eine breite Unterstützung der deutschen Zweistaatlichkeit entwickeln konnte, so waren ihre Prägekräfte auch nach dem Untergang der DDR noch so stark, daß die Grünen aus Sorge vor einem neuen deutschen Nationalismus und Weltmachtstreben dem Einigungsprozeß überwiegend ablehnend und konzeptionslos gegenüberstanden.²⁶

Diese Reflexe auf den verinnerlichten Antifaschismus und Anti-Antikommunismus ließen sich auch im Umgang der Grünen mit der Oppositionsbewegung in der DDR und der SED-Nachfolgepartei, der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS), beobachten. Auch wenn sich die Grünen mit dem aus der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung hervorgegangenen Bündnis 90/Die Grünen eng verbunden fühlten, so gab es vor allem von seiten der Traditionslinken um Verena Krieger und Jürgen Reents Bestrebungen, statt mit der Bürgerrechtsbewegung aus der ehemaligen DDR mit der PDS zusammenzugehen, um eine vereinigte Linke im vereinten Deutschland aufzubauen.²⁷ Sie sahen selbst zu diesem Zeitpunkt noch eher in den Postkommunisten als in den Oppositionsgruppierungen ihren natürlichen Kooperationspartner. So vertrat Jürgen Reents auf dem Hagener Parteitag der Grünen die Auffassung, in die Diskussion über eine gesamtdeutsche Organisierung der radikaldemokratischen, ökologischen, feministischen und linken Kräfte auch die Reformer aus der PDS mit einzubeziehen,²⁸ während der heutige stellvertretende Vorsitzende der bündnisgrünen Bundestagsfraktion, Hans-Christian Ströbele, in der PDS und nicht in der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung den natürlichen Ansprechpartner der Grünen in Ostdeutschland zu erkennen meinte.²⁹ Auch nach der Fusion vom Mai 1993 zum gesamtdeutschen Bündnis 90/Die Grünen begegneten noch viele westdeutsche Grüne der Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Bürgerrechtlern mit Irritation und größter Skepsis. Fehlte diesen doch nach Meinung des linken Flügels die antikapitalistische Grundeinstellung und die Bereitschaft zum sozialistischen Experiment.³⁰ Allein die Wahlarithmetik und das Streben nach politischer Machtbeteiligung auch im Bund zügelte diese Animositäten.

Dieser Entwicklung vorausgegangen war eine heftige parteiinterne Debatte über die politische Neuausrichtung der Grünen als Konsequenz aus der deutschen Einheit. Sie veranschaulicht die innere Zerrissenheit, der die Grünen durch die Implosion des SED-Staates ausgesetzt waren, und offenbart, wie weit die Besetzung des Antifaschismus-

²⁵ Diese auf Joschka Fischer zurückgehende Charakterisierung Schneiders hatte sich zum gängigen Terminus technicus der grünen Bundestagsfraktion entwickelt.

²⁶ Vgl. Herbert Ammon, Antifaschismus im Wandel? Historisch-kritische Anmerkungen zur Aktualität eines Begriffs, in: Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, hg. von Uwe Backes/Eckhard Jesse/Rainer Zitelmann, Frankfurt a. M./Berlin 1990, S. 568–594, hier: S. 584.

²⁷ Vgl. Der Spiegel, 13/1990.

²⁸ Gründe für unseren Austritt aus der Alternativen Liste von Birgit Arkenstette, Astrid Geese und Harald Wolf vom 10. September 1990, in: Dokumentation und Diskussionspapiere zu den Austritten bzw. Übertritten GRÜNER PolitikerInnen, hg. v. der Bundesgeschäftsstelle der Grünen, Bonn o. J., Archiv Grünes Gedächtnis – Bibliothek – Nr. 1998/D 21.

²⁹ Gespräch mit Petra Morawe, frühere Referentin des bündnisgrünen Bundestagsabgeordneten Gerd Poppe vom 6. April 2001.

³⁰ Vgl. Elisabeth Weber, Bündnis 90/Die Grünen und Osteuropa, in: Lothar Probst (Hrsg.), Kursbestimmung: Bündnis 90/Die Grünen. Eckpunkte künftiger Politik, Köln 1994, S. 143f.

begriffs durch die SED insbesondere bei den Ökosozialisten und Traditionslinken auf fruchtbaren Boden gefallen war. Diese führten den Untergang der DDR nicht auf deren menschenverachtende Ideologie, sondern auf ihre unzureichende praktische Umsetzung zurück. Sie favorisierten deshalb noch immer eine Art utopischen Sozialismus und hegten erst recht gegenüber dem wiedervereinigten Deutschland den Faschismusverdacht. Gemeinsam mit der PDS, der sie mit denselben Scheuklappen wie ihrer Vorgängerin, der SED, begegneten, wollten sie „gegen den neuen deutschen Nationalismus“ vorgehen.³¹ Die Ökosozialisten fühlten sich der PDS vor allem durch den Antifaschismus als gemeinsames Traditionselement eng verbunden. Ihr Feindbild war so eindeutig auf den Westen und dessen Wirtschaftsordnung fixiert, ihre Hemmschwelle gegenüber den orthodoxen Kommunisten so weit abgebaut, daß viele von ihnen meinten, nur die Postkommunisten könnten ihnen und ihren Ideen eine neue politische Heimat bieten. So wechselten im Laufe des Jahres 1990 neben Dirk Schneider und Klaus Croissant auch Harald Wolf von der Berliner Alternativen Liste (AL) sowie Jürgen Reents und Ulla Jelpke von der Hamburger Grün-Alternativen Liste (GAL) zur PDS.³² Dort gelangten sie zum Teil in einflußreiche Positionen. Während Harald Wolf zuerst Fraktionsvorsitzender der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus und dann im August 2002 sogar Berliner Bürgermeister und Wirtschaftssenator wurde, brachte es Jürgen Reents nach seiner Tätigkeit als Pressesprecher der PDS-Bundestagsfraktion bis zum Chefredakteur des *Neuen Deutschland*, dem ehemaligen Zentralorgan der SED. Als Hauptargumente für ihren Parteiwechsel führten sie die schleichende Anpassung der Grünen an das verhaßte politische System der Bundesrepublik und die Übernahme ihrer (angeblichen) Feindbilder an, vor allem des Antikommunismus.³³ Mitverantwortlich für diese auffallende Verengung des politischen Blickwinkels war die durch die Westarbeit der SED geförderte und sich im Laufe der Jahre bei vielen Grünen zur Tatsache verfestigende Annahme, die DDR sei aufgrund ihrer (vermeintlich) antifaschistischen-antiimperialistischen Ausrichtung der bessere deutsche Staat gewesen. So, wie viele Traditionslinke bei den Grünen bis 1989 dazu tendierten, in der SED und ihren westdeutschen Ablegern prinzipiell progressive Parteien zu sehen, so übertrugen sie nach 1989 diese Einschätzung auf die PDS. Aus ihrer Sicht war es deshalb nur konsequent, in der PDS „die zentrale Oppositionskraft in der DDR“ und eine „Vorkämpferin des demokratischen Sozialismus im gesamtdeutschen Parlament“ und somit eine „Hüterin der progressiven Elemente des DDR-Sozialismus“ zu sehen.³⁴ Unübersehbar spiegeln die Begründungen für die Parteiaustritte die zwei wichtigsten Nachwirkungen des Einflusses der SED auf die Grünen und die AL wider: zum einen ein sich ausschließlich auf den Westen und somit die USA und die NATO kaprizierendes Feindbild und zum anderen die vollkommene Verkennung von Inhalt und Struktur einer kommunistischen Diktatur und ihrer herrschenden Partei bzw. ihrer Nachfolgepartei. Die Indoktrination durch die Propaganda der SED wirkte so nachhaltig, daß sie auch ihren eigenen Untergang noch überdauerte und die von ihr „infizierten“ Personen weitgehend blind für die Wahrnehmung der politischen Realitäten machte. Aus macht-

³¹ Schreiben Jürgen Reents an den Bundesvorstand der Grünen vom 10. September 1990, in: Dokumentation und Diskussionspapiere ... Vor allem die zum damaligen Zeitpunkt erhobenen Warnungen vor einem drohenden „4. Reich“ sprechen für sich selbst.

³² Wie suspekt Dirk Schneider selbst der PDS gewesen sein mußte, belegt die Tatsache, daß er bis zu seinem Tode am 4. November 2002 keine zentrale Position in der SED-Nachfolgepartei bekleidete.

³³ Gründe für unseren Austritt ..., in: ebd.

³⁴ Gaby Gottwald, Drum prüfe, wer sich ewig bindet, ob sich nicht doch was bess'eres findet ..., in: ebd.

politischem Kalkül wie aus gemeinsamen politischen Überzeugungen in Einzelaspekten heraus kam es deshalb immer wieder zu Annäherungen zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der PDS. Vor allem die Ablehnung des Golfkriegs 1991, die Bundeswehreinsätze im ehemaligen Jugoslawien ab 1994 und der Kampf gegen den internationalen Terrorismus nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in Washington und New York reaktivierten den noch immer reflexartig abrufbaren Antiamerikanismus und einen auf Systemüberwindung ausgerichteten Antifaschismus bei den Grünen.

Diese Entwicklung führte schließlich 1994 zur Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt durch die PDS. Noch deutlicher wurden die parteiinternen Spannungen über das Verhältnis zur PDS im Berliner Wahlkampf des Jahres 2001. Vor dem Hintergrund des Bruchs der großen Koalition aus CDU und SPD im Juni 2001 betrieb Harald Wolf die Annäherung zwischen beiden Parteien. Als Ansprechpartner diente ihm mit der Fraktionsvorsitzenden der Berliner Bündnisgrünen, Sybill Klotz, ein ehemaliges Mitglied der SED. Im Zuge dieser Entwicklung ließ sich ein aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen bestehender Berliner Minderheitssenat bis zu den Neuwahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 21. Oktober 2001 von der PDS tolerieren. Eine Koalitionsregierung unter Einbeziehung der Postkommunisten schien auch für die Mehrheit der Bündnisgrünen nach diesen Wahlen nicht mehr ausgeschlossen. Erst nach dem Scheitern der Verhandlungen über die geplante Ampelkoalition aus SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen und der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zwischen der SPD und der PDS am 4. Dezember 2001 entschlossen sich die Bündnisgrünen für den Gang in die Opposition und verzichteten vorerst auf jegliche weitere Kooperation mit der PDS in Berlin.³⁵ Wäre es anders gekommen, dann hätte tatsächlich „der Nachlaß von IM Dirk Schneider endgültig über den Ansatz von Petra Kelly gesiegt“.³⁶

³⁵ Vgl. General-Anzeiger Bonn v. 5.12.2001.

³⁶ Schreiben von Wilhelm Knabe an den Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Juni 2001, Privatarchiv Wilhelm Knabe.